Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 31.05.2005
Dezernat V	Amt Amt 50	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0145/05

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	07.06.2005	nicht öffentlich
Finanz- und Grundstücksausschuss	15.06.2005	öffentlich

Thema: Aktualisierte Auswirkungen Hartz IV

Prognose der finanziellen Auswirkungen durch die Umsetzung des SGB II

Im Rahmen des Projektes Hartz IV wurden anhand von Schätzungen und nicht vollständig bekannten Größen/rechtlichen Regelungen Hochrechnungen zur Belastung der Kommune für das Jahr 2005 vorgenommen.

Anhand der tatsächlichen Ausgaben der Arge für die übertragenen Leistungen (vorrangig Kosten der Unterkunft) für das 1. Quartal 2005 wurde eine erneute Hochrechnung der Belastung/Entlastung zum Jahresende aktualisiert vorgenommen (Anlage).

Die Datenlage, auf deren Grundlage dieser vorläufige Stand zum Stichtag ermittelt wurde, ist sehr unzureichend. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Anspruch auf Alg II unterliegt der ständigen Steigerung und fußt auf Meldungen der Bundesagentur für Arbeit. Die Arge selbst hat weitaus mehr BG numerisch zumindest ausgewiesen (anhand vergebener BG-Nr. im Programm wäre ein Stand von ca. 26.000 angezeigt, wovon ca. 2200 Widersprüche bei den monatlichen Zahlungen nicht berücksichtigt werden. Ablehnungen sind nicht erfasst, wären jedoch von den 26.000 BG noch abzusetzen).

Der Bundesanteil an den Unterkunftskosten beträgt derzeit 29,1% basierend auf den tatsächlich nachgewiesenen Ausgaben für Kosten der Unterkunft (als Abschlag). Dieser Wert unterliegt der Überprüfung im Herbst, da eine Prüfung wie vorgesehen erstmalig zum März 2005 aufgrund der unzuverlässigen und mangelhaften Datenlage nicht möglich war. Eine Anpassung erfolgt nur, wenn die Entlastung der Kommunen den Betrag von 2,5 Mrd. € jährlich übersteigt oder unterschreitet (rückwirkend zum 01.01.05). Unter Zugrundelegen der derzeitigen tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen sowie bekannten Daten bei einfacher Hochrechnung auf das Jahr würde die Erfüllung der HHK-Maßnahme Nr. 53 eine Einsparung von 9.663.970 € ausweisen. Unter Berücksichtigung aller sich tendenziell ankündigenden Entwicklungen (Fallzahlenanstieg, unzuverlässige Datenlage hinsichtlich der durchschnittlichen Mietkosten pro Bedarfsgemeinschaft, Revisionsklausel der Bundeszuweisung und aus Wohngeldeinsparung Land, Höhe der zu erwartenden Betriebskostennachzahlungen etc.) wird durch das Fachdezernat im drastischsten Fall eine Einsparung aus der HHK-Maßnahme Nr. 53 mit nur 2.993.970 prognostiziert. Inwieweit die Annahmen eintreten insbesondere hinsichtlich der Erwartungen an die Revisionsklausel, bleibt anhand der Datenanalyse im Herbst abzuwarten.

Erläuterungen zur Anlage:

Ziffer 1 Mit Stand Mai 2005 sind es nun bereits 18.960 BG, d.h. die Zahl nimmt stetig zu. Bei der Zuweisung der Verwaltungskosten war der Bund von 14.500 BG für Magdeburg ausgegangen (danach auch die Personalbemessung).

Prognosen: durchschnittliche Unterkunftskosten von 365,75 € für einen 2-Personenhaushalt wurden 2004 als Schätzgröße anhand der Kenntnisse aus der Sozialhilfegewährung für Unterkunftskosten durch die zuständige Abteilung bei den Prognosen zugrunde gelegt (aufgrund einer Auswertung der Bundesagentur für Arbeit aus den den vorliegenden Angaben aus A2LL – über Nürnberg zentral gesteuertes Bearbeitungsprogramm der Arge – wurde ein nach derzeitiger Erfüllung geltender Durchschnittswert für Magdeburg von 259 € ermittelt, die Zuverlässigkeit der Daten kann nicht beurteilt werden)
 Die rechnerische Prognose bei 18.960 BG (Stand April 2005, Tendenz steigend) ergäbe bei weiterer Anwendung des Wertes 365,75 €KdU einen Jahreswert von 83.215 Td€
 Prognose des Gemeinsamen Arbeitskreises zur Kommunaldatenerhebung (GAK) aufgrund gemeldeter Erfüllung Stand 02/05 53.476 Td€
 Prognose A 50 aufgrund Erfüllung per 31.03.05 und zu erwartender Steigerungen 66.000 Td€ (anhand der Monatsvergleiche der reinen Unterkunftskosten ist eine Steigerung von Januar 05 mit 4,1 Mio. € zu März 05 mit 5,5 Mio. € zu erkennen, Tendenz steigend.

Bei den Ausgaben für Kosten der Unterkunft (KdU) sind spätestens im 4. Quartal Betriebskostennachzahlungen in nicht unerheblichem Umfang einzuplanen.

Begründung: In der Erstprognose 2004 wurde mit einem Durchschnittswert von 365,75 € für Unterkunftskosten gearbeitet. Die Umrechnung der derzeitigen Ausgaben anhand der von der Agentur benannten Daten ergibt für Magdeburg einen Durchschnittswert von 259 €. Die Abweichung ist nach unserer Auffassung damit zu erklären, dass zum einen die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte anteilig an der Gesamtzahl der BG erheblich ist und damit der Durchschnitt gedrückt wird. Es ist aber auch davon auszugehen, dass volljährige Kinder im Haushalt der Eltern rechtlich als BG gezählt, aber nicht den Durchschnittswert der Unterkunftskosten bei den anteilig anerkannten Unterkunftskosten der Eltern erreichen (heißt, die Zahl der BG entspricht nicht der Zahl der Haushalte/Wohnungen). Dies verändert sich in dem Maße jedoch zunehmend, wie die wirtschaftlich nicht selbständigen volljährigen Kinder bei ALG-II-Bezug (auch der Eltern) eigenen Wohnraum zu Lasten der Stadt beziehen. Die „Genehmigungspraxis“ der Arge-Mitarbeiter ist hier zu beleuchten.
 Ggf. erhalten Haushalte auch nur anteilige Unterkunftskosten, da Einkommen besteht, mit dem ein Teil der Unterkunftskosten abgedeckt werden kann.

Ziffer 2 Konkret angegeben werden konnte hier lediglich die Belastung aus Leistungen der Schuldnerberatung, da zusätzliche Belastungen für Leistungen der Ämter 51 (Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder, auch Einnahmeausfälle durch Ermäßigung der Kita-gebühren) und 53 (psychosoziale Betreuung, Suchtberatung) nicht separat finanziell ausgewiesen wurden und deren Veränderung bedingt durch Hartz IV nicht quantifizierbar ist.

- Ziffer 3 Die Entlastung der Stadt für Nettotransfer Hilfe zum Lebensunterhalt und Wegfall Beihilfen nach BSHG war aufgrund der Haushaltserfüllung 2004 in dieser Position höher als geplant. Der Prognose lagen nur die regulär zu erwartenden Ausgaben zugrunde. Die Ausgabenerhöhung hängt mit einem erhöhten Antragsaufkommen zum Jahresende 2004 auf Sozialhilfeleistungen aufgrund der Aufklärung zu Arbeitslosengeld II zusammen. Viele Hilfebedürftige haben erst durch die Beantragung des Alg II realisiert, dass Ansprüche auf ergänzende Leistungen nach BSHG bestanden. Insbesondere im Bereich der einmaligen Beihilfen wurde dies verstärkt deutlich.
- Ziffer 4 Angesetzt wurde bei der Entlastung lediglich der auch nur vorläufige Wert von 29,1 % (s. § 46 Abs. 6 SGB II). Betrachtet wird bei Be- und Entlastung das gesamte Bundesgebiet und nicht die einzelne Kommune.
- Ziffer 5 Bei diesem Wert könnte es zur Verschiebung des prozentualen Anteils der Landeshauptstadt in Abhängigkeit von der Gesamtverteilung im Land kommen.
- Ziffer 6 Gleiches gilt für die Entlastung aus Wohngeld. Die Entlastung des Landes aus Wohngeld ist mit einem Betrag von 42,6 Mio. € für das Land Sachsen-Anhalt beschrieben. Nicht bekannt ist die tatsächliche Einsparung des Landes und die Verteilung anteilig auf die Kommunen. Hier soll es auch noch mal im Rahmen einer Revisionsklausel zur Überprüfung kommen.

Zu weiteren Auswirkungen aus Hartz IV ist die Inanspruchnahme **Magdeburg-Pass** zu benennen.

Für 3484 Berechtigte (Stand 20.05.05) wurden Pässe ausgegeben, davon 3209 an Alg-II-Empfänger. Die Ausgabe (Plan 2005 125.000 €) liegt per April 2005 bei 25.717 €. Bei voller Inanspruchnahme der MVB-Leistung wären damit bei Beibehaltung der Zahl der Anspruchnehmenden bereits 150.963 € gebunden. Es wäre mit einer Überschreitung des Planansatzes bei monatlichem Zuwachs von 2000 Antragstellern von mindestens 375.000 € zu rechnen. Derzeit anhand der bereits gebundenen Mittel beträgt die Planüberschreitung 25.963 €. Tendenz steigend. Nicht berücksichtigt wurde die Personalkostenausgabe durch Beschäftigung zusätzlichen Personals (für den zusätzlichen Aufwand durch Alg-II-Empfänger 1 Personalstelle).

Die überplanmäßige Ausgabe aufgrund der bereits verfügbaren Mittelbindung ist beim FB 02 vorsorglich beantragt worden.

Nicht in die Betrachtung der finanziellen Auswirkungen aus Hartz IV einbezogen wurden Entlastungen bei den Personal- und Sachkosten für die Mitarbeiter, die im Auftrag der Bundesagentur in der Arge tätig werden.

Bröcker

Anlage